

AUFZEICHNUNG DER GESPRAECHE ZWISCHEN  
STAATSSSEKRETAER PROBST UND GENERALSEKRETAER DE LEUSSE  
PARIS, 13. MAERZ 1981

---

DELEGATIONEN

FRANKREICH:

Bruno de LEUSSE (L), Generalsekretär des  
Ministeriums für auswärtige Ange-  
legenheiten, Ambassadeur de France

Bertrand DUFOURCQ (D), Direktor der Direktion  
Europa, Ministerium für auswärtige  
Angelegenheiten

Mme Joëlle TIMSIT (T), Vizedirektor der  
Direktion Europa, Ministerium für  
auswärtige Angelegenheiten

Michel RETIVEAU, Direktion Europa, Ministerium  
für auswärtige Angelegenheiten

Mme Françoise CLAUDE-LAFONTAINE (C), Direktion  
wirtschaftliche und finanzielle Ange-  
legenheiten, Ministerium für auswärtige  
Angelegenheiten

SCHWEIZ:

Raymond PROBST (P), Staatssekretär des Eidgen-  
össischen Departements für auswärtige  
Angelegenheiten, Botschafter

François de ZIEGLER (Z), Schweizerischer  
Botschafter in Frankreich

Francis PIANCA, Minister, Schweizerische  
Botschaft in Frankreich

Hansrudolf HOFFMANN, Botschaftssekretär,  
Schweizerische Botschaft in Frankreich  
(Aufzeichnung)



B e g i n n   d e r   S i t z u n g   :   10h30

- L.      Nach der Begrüssung der schweizerischen Delegation durch  
P.      Botschafter de Leusse (L) dankt Staatssekretär Probst (P)  
         seinerseits für den liebenswürdigen Empfang und bringt  
         den französischen Behörden im Namen Berns offiziell unsere  
         Erkenntlichkeit für die zum Schutze der schweizerischen  
         Vertretungen getroffenen Sicherheitsmassnahmen gegenüber  
         den armenischen Terrordrohungen zum Ausdruck. Im gleichen  
L.      Zusammenhang kündigt (L) an, dass der Prozess gegen den  
         Armenier Kilndjan im Juni oder Juli dieses Jahres durch-  
         geführt werde und die Sicherheitsmassnahmen zugunsten der  
         Botschaft in dieser Zeit verstärkt werden würden.
- P.      (P) erläutert bei diesem Anlass die schweizerische Haltung  
         betreffend die in Genf abgeurteilten Armenier. Vom Grund-  
         satz ausgehend, dass der Erfolg im Kampf gegen den Terro-  
         rismus internationale Solidarität voraussetze, habe die  
         Schweiz auf den äusserlich leichteren Weg, die in Genf  
         verhafteten Terroristen einfach möglichst rasch wieder ins  
         Ausland abzuschieben, bewusst verzichtet und den ordent-  
         lichen Rechtsweg beschritten.

I            INTERNATIONALE FRAGEN1.           Ost-Westbeziehungena)           Polen

- P.      Zu seiner Beurteilung der Lage in Polen gebeten, äussert  
         (P) den Eindruck, dass die Situation sowohl in Frankreich  
         wie in der Schweiz ähnlich eingeschätzt werde. Wenn zu  
         einer gewissen Zeit, namentlich Ende letzten Jahres, ein  
         militärischer Einmarsch der Sowjets und ihrer Verbündeten



unmittelbar befürchtet werden musste, schien sich die Spannung mit der Wahl General Jaruzelskis etwas gemindert und eine Zeitlang sogar einer aufkeimenden Euphorie Platz gemacht zu haben. In der Schweiz bleibt die Beurteilung der Lage im Zeitpunkt des Gespräches indessen pessimistisch; zu sehr steht das System freier Gewerkschaften mit den Prinzipien des Kommunismus im Widerspruch. Die nachfolgenden Ereignisse sowie die sich verschärfende wirtschaftliche Krise hätten diese Skepsis eher noch bestärkt. Die in Paris eingeleitete Koordination der Massnahmen zur Linderung der prekären Finanzsituation Polens gegenüber westlichen Industriestaaten findet unsere volle Unterstützung. Die nächsten Monate werden für die weitere Entwicklung in Polen entscheidende Bedeutung haben. Für Moskau wäre, im Vergleich zu Budapest 1956 und Prag 1968, der kritische Punkt der Toleranz eigentlich ohnehin schon längst überschritten; indessen mögen gewisse Ereignisse der letzten Zeit (wie die KSZE in Madrid, die Ungewissheit des amerikanischen Wahlausgangs, die unterschiedlichen Reaktionen des Westens und der Dritten Welt, namentlich der islamischen und arabischen Staaten, auf den Einmarsch in Afghanistan, der Papstbesuch und damit verbunden ein Wiederaufflammen des Patriotismus in Polen) die Machthaber im Kreml vorläufig zurückgehalten haben. Sollte sich Moskau doch zum direkten Eingriff in Polen entschliessen, so hätte dies zweifellos auf das Schicksal der Madrider KSZE-Folgekonferenz schwerwiegende Auswirkungen. In Bern könnte man sich jedenfalls eine Fortsetzung der Konferenz schwerlich vorstellen; es würde ihr Ende bedeuten. Indessen bleibt die Situation komplex: einerseits kann die UdSSR nicht umhin, den Gefahrenherd Polen mit wachsender Sorge zu betrachten; andererseits scheint aber Moskau doch auch Wert darauf zu legen, den Madrider Prozess wenn immer

möglich am Leben zu erhalten.

- L. (L) kommt zuerst auf die Ost-Westbeziehungen im allgemeinen zu sprechen, da sie Frankreich in ganz besonderem Masse engagieren. Die französische Politik gründet auf dem Gleichgewicht zwischen Ost und West. Sollte es durch Moskau gestört werden, so würden die Hauptzüge dieser Politik, in der Frankreich seine beste Sicherung erblickt, in Frage gestellt. Seit Afghanistan hat sich diese Gefahr erhöht. Es liegt im französischen Interesse, das Gleichgewichtsprinzip wirksam zu erhalten.

Was die Beziehungen zu Polen im speziellen betrifft, so sind sie durch eine Affinität geprägt, die in der Geschichte wurzelt und durch die beträchtliche Zahl von Franzosen polnischer Abstammung mitbeeinflusst wird. Sollten die Sowjets in Polen einmarschieren, so bestünde indessen keine juristische Basis, die eine wie auch immer geartete westliche Gegenaktion abzustützen vermöchte. Ein allfälliger Einmarsch würde im Effekt das militärische Kräfteverhältnis in Europa nicht beeinflussen. Wohl aber würden das politische Gleichgewicht gestört und die in und seit Helsinki vereinbarten Spielregeln verletzt. Mit anderen Worten: Durch die Entsendung von Truppen würde Moskau das in Europa gesponnene Gewebe der politischen Verhaltensweisen zerreißen. Was würde Frankreich in diesem Fall tun? Die politischen Auswirkungen wären dermassen gravierend, dass auch Frankreich sich zum Rückzug aus Madrid genötigt sehen würde. In diesem Punkt besteht Uebereinstimmung mit der schweizerischen Haltung. Andererseits ist es nicht leicht, heute schon die Konsequenzen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete abzuschätzen. Man wird darauf bedacht sein müssen, sich nicht selber zu schaden. Im Moment



werde die Situation mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt, und es werde versucht, die polnische Regierung zu Flexibilität und Mässigung anzuhalten. Zu vermeiden sei, westlicherseits eine provokative Haltung einzunehmen. Auch in Paris gelange man zum Schluss, dass sich die Lage in Polen zuspitze und man sich auf das Schlimmste gefasst machen müsse.

Den Sowjets sei die Haltung des Westens und insbesondere die Auffassung Frankreichs mit jeder wünschbaren Klarheit vor Augen zu halten. Dies sei geschehen, und Moskau könne also hierüber nicht im Zweifel sein. Darin liege möglicherweise ein weiterer Grund der momentanen sowjetischen Zurückhaltung. Es ist offensichtlich, dass Moskau keine Lust zur Intervention verspürt. Die Frage ist nur, wann diese Zurückhaltung ihre Grenze erreicht haben wird. Denn es gibt Dinge, welche die Sowjetunion nicht mehr akzeptieren kann. Die kommunistische Partei und ihre Führungsrolle lässt sich nicht in Frage stellen. So weit ist es aber in Polen noch nicht; denn die Partei existiert nach wie vor. Wird Moskau von der CSSR und der DDR eine Beteiligung an einem allfälligen militärischen Einmarsch verlangen? Was wären die Folgen in der BRD, wenn die Volksarmee in Polen einmarschieren würde? Es gibt auch kaum einen Zweifel, dass die Polen sich wehren und vor allem zuerst auf die Deutschen schiessen würden. Alles Fragen, die zu Beunruhigung Anlass geben.

- D. Dufourcq (D) erblickt im Text, der nach dem polnisch-sowjetischen Gipfeltreffen veröffentlicht wurde, eine einschüchternde Antwort auf Kanjas Rede, in der es aus kommunistischer Sicht von Häresien wimmle.
- P. Gemäss (P) spricht man in der Schweiz heute nicht mehr von europäischer Entspannung, da eine solche im eigentlichen Sinn des Wortes nicht mehr existiere. Besorgnis

weckten die irrationalen, mithin unberechenbaren Aspekte der Polenkrise. Vor allem im emotionalen Bereich unterschieden sich die Reaktionen der Polen beispielsweise von jenen der durch Natur und Geschichte fügsameren Tschechoslowaken. Der springende Punkt der gegenwärtigen Krise liege in der Frage, wozu die Sowjets sich schliesslich entscheiden würden. Falls ihnen an einer Fortsetzung der Entspannung und an Abrüstungsvereinbarungen liege, könnten sie nicht gleichzeitig in Polen intervenieren. Das eine schliesse das andere aus.

- L. (L) kommt in zwei Worten auf die Entspannung zurück, indem er sich fragt, ob nicht einerseits die Ereignisse in Polen eine ihrer Folgen seien, das Land aber andererseits durch die Entspannung auch gerettet werde. Demgegenüber gibt Botschafter de Ziegler (Z) zu bedenken, dass der Begriff der Entspannung einen Widerspruch beinhalte, wenn Polen eines ihrer Ergebnisse sein sollte. Die Entspannungsbemühungen fortsetzen, hiesse dann gleichzeitig, sie gefährden.
- P. + L. (P) und (L) sind sich abschliessend zu diesem Punkte darüber einig, dass der Sowjetunion zurzeit offenbar daran gelegen sei, die Konferenz in Madrid und damit den "Entspannungsprozess", der für sie mit vielerlei Vorteilen verbunden sei, fortzusetzen.

b) Afghanistan

- P. (P) erinnert eingangs an die Serie von Vermittlungsbemühungen zur Lösung der Konflikts um Afghanistan (so an die Vorschläge der islamischen Konferenz vom Winter und Frühling 1980, die Bildung eines ad hoc-Komitees der



islamischen Staaten sowie an ihre Gipfelberatungen von Taif im vergangenen Januar, an die UNO-Resolutionen von 1980, die Beschlüsse der nichtgebundenen Staaten von Havanna und New Delhi, den britischen Neutralitätsplan etc.), um schliesslich die Sprache auf den französischen Vermittlungsvorschlag zu bringen. Im Unterschied zu den vorerwähnten Vorschlägen wird französischerseits weder die Teilnahme der Regierung Karmal noch diejenige der verschiedenen Widerstandsbewegungen, sondern eine internationale Konferenz klassischen Zuschnitts vorgesehen. Welches sind die diesem Vorschlag zugrunde liegenden Vorstellungen, und wie werden französischerseits dessen Erfolgsaussichten beurteilt?

- L. Die ratio des französischen Vorschlags ergibt sich laut (L) aus einer Analyse der sowjetischen Aktion in Afghanistan. Diese erscheint ihm keineswegs derart unerwartet und irrational gewesen zu sein, wie es manche Leute glauben. Das Land befand sich schon früher unter Kontrolle der Russen und muss ihnen wie ein Balkon vorkommen, der den Blick nach dem Süden freigibt. Andererseits hat Moskau die Reaktionen des Westens und der nichtgebundenen Staaten unterschätzt. Gemessen am getätigten Aufwand würden sich aber die Sowjets kaum mehr so ohne weiteres aus Afghanistan zurückziehen. Da sie sich zur Rechtfertigung ihrer Intervention auf fremde Einmischung berufen hätten, seien sie nun darauf zu behaften. Es gehe also primär darum, den Problemkomplex Einmischung und Intervention zu diskutieren. Zur Prüfung stehe nicht das Schicksal Afghanistans an sich, sondern die Eliminierung der äusseren Einflüsse auf Afghanistan, woher sie auch kommen mögen. Aus diesem Grunde hätten an der vorgeschlagenen Konferenz vornehmlich die Nachbarn, von denen eine Einmischung ausgehen könne, und weitere interessierte Staaten, nicht aber die Vertreter der

afghanischen Regierung und des aufständischen Volkes teilzunehmen. Der französische Plan würde es der Sowjetunion auf diese Weise erlauben, sich möglichst ohne Gesichtsverlust aus der gegenwärtigen Verstrickung herauszulösen und gleichzeitig die Entscheidungsfreiheit des afghanischen Volkes unter Berücksichtigung der Sowjetinteressen zu wahren.

Was die Reaktionen auf den Vorstoss des französischen Präsidenten anbelangt, so sei seitens Moskaus noch keine offizielle Stellungnahme erfolgt. Auch Grossbritannien und Indien hätten sich bis heute nicht geäussert. Andererseits hätte der französische Plan die Unterstützung der islamischen Konferenz sowie der USA gefunden. Iran will offenbar über Afghanistan erst reden, wenn die sowjetischen Truppen abgezogen sind. Pakistan schliesslich stand dem französischen Vorschlag zunächst wegen des Zeitpunkts seiner Veröffentlichung sowie in der irrigen Annahme, dass er den eigenen Bestrebungen und Interessen zuwiderlaufe, ablehnend gegenüber. Das Missverständnis habe in der Zwischenzeit ausgeräumt werden können.

Der französische Vorschlag stehe nach wie vor im Raum, obwohl er unter den gegenwärtigen Umständen (insbesondere innenpolitische Schwierigkeiten der pakistanischen Regierung, Flugzeugentführung, etc) momentan nicht aktiv vorangetrieben werde.

- L. (L) kam an dieser Stelle noch kurz auf Breschnews Schreiben an Präsident Giscard d'Estaing zu sprechen, das nichts Neues enthalten habe. Die darin hergestellte Verbindung zwischen Afghanistan und der Golfkrise werde französischerseits abgelehnt.



c) KSZE (inkl. europäische Abrüstung)

P. Es stellt sich gemäss (P) die Frage, ob nach Breschnews Vorschlägen in Madrid eine neue Situation entstanden sei. Eine gewisse Ueberraschung über die unerwartete Bereitschaftserklärung der Sowjets, nun plötzlich mit dem Westen in entscheidenden Fragen Verhandlungen aufzunehmen, sei nicht ausgeblieben. Wenn es der UdSSR hierbei vor allem darum gehen dürfte, ihren Rüstungsvorsprung nun so rasch wie möglich, solange er noch andauere zu konsolidieren, so erscheint die Situation für die USA eher umgekehrt. Sie möchten möglichst vermeiden, sich in der Position des Schwächeren an den Verhandlungstisch zu setzen. Sie seien deshalb darauf aus, zunächst Zeit zu gewinnen, um ihre Wiederaufrüstung voranzutreiben. Im Lichte dieser Ausgangslage sei die Offerte Moskaus, die cbm auf das ganze europäische Russland bis zum Ural auszudehnen, sofern der Westen entsprechende Gegenleistungen erbringe, in bezug auf ihren konkreten Gehalt sehr sorgfältig zu prüfen. Worin sollten diese Gegenleistungen territorial bestehen? (P) hat hierüber mit den Botschaftern der UdSSR und der DDR in Bern gesprochen. Meine der eine, die Formulierung sei so gewählt, dass sie noch eine Verhandlungsreserve enthalte, so deutete der andere an, die Zone könne auch nach Norden und Süden ausgedehnt werden. Alles in allem also noch äusserst unbestimmte Auskünfte.

Hinsichtlich der schweizerischen Position an der KSZE ist Bern nach wie vor bereit, bei der Suche nach einer allseits akzeptablen Lösung der umstrittenen Materien aktiv mitzuwirken. Doch dürfte dies nicht um jeden Preis geschehen. Der Handlungsspielraum ist insofern eingeschränkt, als die Schweiz sich stärker noch als andere

ihr nahestehende Staaten den Grundsätzen und Leitlinien der freien Welt, der sie angehört, verpflichtet fühlt. Für uns komme nicht in Frage, Interessengegensätze, fundamentale Differenzen mit billigen Kompromissen bloss überkleistern zu wollen. Die zu findenden Lösungen müssten vertretbar und sinnvoll sein.

Zur Abrüstungsproblematik erklärt (P), dass die Schweiz das französische Projet, das zwei zwischen cbm und eigentlicher Abrüstung klar getrennte Etappen vorsieht, wobei das Gelingen der ersten die Voraussetzung der zweiten sein muss, schon aus Gründen der Sicherheit nach wie vor unterstützt. Vor einer Abrüstungskonferenz, die lediglich der Verschleierung und Propaganda diene, hätten wir uns zu hüten.

Der polnische Plan (WAPA-Staaten) begegne unserer Ablehnung, da er die klare Gliederung in zwei Phasen verwische. Wir seien auch von den Schweden ersucht worden, ihren Vorschlag zu unterstützen, hätten dies aber abgelehnt. Es gehe der Schweiz darum, weitere Verwirrung zu vermeiden und sich auf das französische CED-Projekt zu konzentrieren.

Was die eigenen cbm-Vorschläge der N+N-Gruppe anbelangt, die im Rahmen der Zielsetzung von Helsinki verbleiben, so gehe es dabei in keiner Weise um eine Konkurrenzierung des französischen Projekts. Bern wäre sogar bereit gewesen, diese Vorschläge in der Schublade zu lassen, wenn nicht befürchtet worden wäre, dass sie dann von anderen N+N Staaten vorgebracht würden. Es handle sich bei diesen Vorschlägen lediglich um zeitlich beschränkte Ueberbrückungsmassnahmen und keineswegs um eine Rückzugsposition (solution intermédiaire et non pas position de retrait), die das französische Projekt hätte gefährden können. Nach schweizerischen Vorstellungen könnte



die CED-Konferenz durch Experten vorbereitet werden. Unumgänglich hiezu wäre die Verleihung eines klaren Mandats, welches die vier allenfalls in Madrid akzeptierten Kriterien sowie die klare Forderung nach der Trennung in zwei Etappen enthalte. Ein vorgängiges Expertentreffen würde auch als nützlicher Test dienen. Sollte ein derartiges Treffen bereits im Rahmen von Madrid stattfinden, so sei dagegen nichts einzuwenden. Jedenfalls müsste es aber der eigentlichen Abrüstungskonferenz vorgeschaltet werden.

(P) erinnert schliesslich daran, dass die Schweiz als kleines, neutrales Land eine reine Selbstverteidigungsarmee unterhalte und deshalb mit konkreten Abrüstungsmassnahmen natürlich nicht vorausschreiten könne; sie werde vielmehr deutlich zur Nachhut gehören. Dies gesagt, und sofern auch das Gleichgewicht zwischen den Körben gewahrt werde, betrachte Bern den Verlauf der Dinge in Madrid aus ähnlicher Optik wie Paris.

Schliesslich äusserte sich (P) noch zur Dauer des Madrider Treffens. Eine Verlängerung "ad infinitum" müsse verhindert werden, da sie den Interessen des Westens zuwiderlaufe und seine Kohärenz in Frage stelle. Wenn immer möglich sollte die Konferenz vor Ostern ihren Abschluss finden.

L. (L) dankt (P) für unsere Haltung ganz allgemein, für unsere Einstellung zum französischen Abrüstungsplan sowie für die Tätigkeit unserer Delegationsleitung in Madrid. Die Unterstützung durch die Schweiz sei gerade deshalb so wertvoll, weil sie von einem neutralen Staat komme.

D. (D) weist darauf hin, dass die von den Sowjets in den Reden Breschnews und Iljitschews auf dem Gebiete der Abrüstung geforderten Kompensationen durch den Westen faktisch bereits erbracht seien. So sei es unbestritten, dass die in Europa stationierten Truppen der USA und Kanadas den cbm- und allfälligen Abrüstungsmassnahmen ohnehin von vorneherein unterstehen. Es läge nunmehr an den Russen, klar zu sagen, was sie wollen, und nicht am Westen, weitere Vorschläge zu unterbreiten. Gerade jetzt seien Geschlossenheit und Festigkeit des westlichen Lagers vonnöten. Es dürfe sich unter keinen Umständen in ein endloses Verfahren verwickeln lassen. Die Sowjets seien vor die Entscheidung zu stellen: entweder sie nähmen den französischen Plan an oder sie lehnten ihn ab: "c'est à prendre ou à laisser"; darin liege der entscheidende Punkt.

P. Auf die Frage (D), bis zu welchen Konzessionen die Sowjets gehen würden, um ihre Abrüstungskonferenz zu erhalten, meint (P), dass es schwerfalle, hierüber zurzeit Spekulationen anzustellen. Indessen bestehe doch der Eindruck, dass die UdSSR den KSZE-Prozess nicht abubrechen wünschten, in der Hoffnung, die europäische Allianz allmählich weiter aufweichen zu können. Anzeichen, dass dies gelingen könnte, scheinen teils schon in Ländern wie Belgien, den Niederlanden, Dänemark und Norwegen, aber auch in gewissen deutschen Kreisen vorzuliegen. Die Sowjetunion werde dadurch in ihrer Taktik bestärkt. Westeuropa biete heute ein eher beunruhigendes Bild.

L. Auch (L) zeigt sich über die in jüngster Zeit auftretende Neutralisierungswelle besorgt. Der Zweite Weltkrieg drohe in Vergessenheit zu geraten, die Angst vor den Russen hätte sich vermindert, diejenige vor einer



atomaren Auseinandersetzung sei gestiegen. Zwar gäbe die Haltung der bundesdeutschen Regierung zu keiner Beunruhigung Anlass; andererseits dürften pazifistische Grundströmungen in der BRD und der Umstand, dass die deutschen Ostflüchtlinge nunmehr voll integriert seien, nicht übersehen werden. In der BRD herrsche ein gewisser Zustand der Unsicherheit, der sich durch das schwieriger gewordene Verhältnis zu Washington noch akzentuiere. In dieser Situation werde Frankreich der Versuchung widerstehen, seine eigene feste Haltung in Washington gegen Bonn auszuspielen zu wollen. Gute Beziehungen zwischen Bonn und Washington seien in der Tat die Voraussetzung zu einem intakten Verhältnis zwischen Bonn und Paris.

Mit Genugtuung wird in Paris die Tatsache vermerkt, dass offenbar Italien vom Virus der Unsicherheit nicht erfasst worden sei; offensichtlich handle es sich nicht um eine mediterrane Krankheit. Einig ist man sich mit uns auch, den von Italien geförderten Bemühungen um eine "Neutralität" Maltas keine Hindernisse in den Weg zu legen, davon in Madrid sogar wohlwollend Kenntnis zu nehmen, aber hierzu auf jeden Fall keine speziellen Bindungen einzugehen.

P. Zusammenfassend wiederholt (P), dass die Schweiz die Fortsetzung des KSZE-Prozesses anstrebe, dafür aber nicht jeden Preis zu zahlen gewillt sei und insbesondere keine oberflächlichen Kompromisse einzugehen wünsche. In dieser Beziehung sei ihre Haltung fester als jene gewisser anderer ihr nahestehender Staaten. Abschliessend erwähnt (P) die von uns gewünschte Fortsetzung der Expertentreffen zur Frage der friedlichen Streiterledigung. Ohne sich hierüber kurzfristigen Illusionen hinzugeben, seien wir nicht bereit, diese Bemühungen einfach im Sande verlaufen zu lassen.

L. (L) schätzt es, die schweizerische Position zu kennen. Dies um so mehr, als er tags darauf Gelegenheit haben werde, mit der in Paris erwarteten französischen KSZE-Delegation die von Frankreich einzunehmende Haltung zu bereinigen, über die sie dann am kommenden Montag den schweizerischen Delegationschef in Madrid werde informieren können.

d) Sowjetisch-amerikanische Beziehungen nach der Wahl Reagans

P. + L. Die Gesprächspartner teilen sich im Eindruck, dass die Ablösung Carters durch Reagan, von dem man eine besser erkennbare, konsequentere und entschlossfreudigere amerikanische Politik erwartet, ganz allgemein in der westlichen Welt mit Erleichterung aufgenommen worden sei.

(P) erwähnte in diesem Zusammenhang den Respekt, der bei uns, auch aufgrund konkreter Erfahrungen, dem neuen Chef des amerikanischen Staatsdepartements, General Haig, entgegengebracht werde. Diese Beurteilung wird von (L) ausdrücklich bestätigt.

2. Zukunft der Gipfelkonferenzen

Dieses auf der vereinbarten Agenda ebenfalls figurierende Thema wurde aus praktischen Erwägungen zugleich mit dem Thema Nord-Süd-Dialog diskutiert. Ueber beide Gegenstände wird dementsprechend weiter unten (Ziff. 5) gemeinsam berichtet.

S c h l u s s   d e r   V o r m i t t a g s -  
s i t z u n g : 12h30



B e g i n n   d e r   N a c h m i t t a g s -  
s i t z u n g : 15h00

3. Iranisch - irakischer Konflikt

Dieser Problemkreis wird nur kurz berührt.

P. (P) erläutert in einigen Worten die Rollen, die der Schweiz und Algerien im Rahmen ihrer Schutzmandate einerseits für die USA im Iran, andererseits für Iran in USA, bei der Geiselbefreiung zugefallen sind. Die Schweiz ist nach dem Wechsel der Administration in Washington von den USA ausdrücklich und angelegentlich gebeten worden, die Vertretung der amerikanischen Interessen weiterzuführen. Wir nehmen umgekehrt aber auch die Interessenwahrung Irans in Israel, Aegypten und Südafrika wahr, welches letzteres Land wir gleichzeitig in Teheran vertreten. Unsere Beziehungen zu Iran seien demgemäss den Umständen entsprechend gut.

L. (L) erwähnt seinerseits die Schwierigkeiten, die Frankreich infolge seiner Waffenlieferungen an den Irak sowie des Aufenthalts Bakhtiars in Paris mit dem Iran erwachsen. Ueber die Zukunft des Iran befinde man sich in Paris in weitgehender Ungewissheit.

4. Situation in Australafrika und Entwicklung in  
Zentralafrika

a) Namibia

P. Wie bekannt, ist die Genfer Namibia-Konferenz vom vergangenen Januar ergebnislos geblieben, wie von Anfang an zu befürchten war, nachdem vor allem Südafrika, aber auch manche andere Teilnehmer vorerst eine Konkretisierung der amerikanischen Haltung unter Reagan, an die

Pretoria offenbar gewisse Hoffnungen knüpft, abwarten wollten. Immerhin hatte die Konferenz auch einen positiven Aspekt, indem sie erstmals einen persönlichen Kontakt der im Namibia-Konflikt involvierten Parteien und Persönlichkeiten ermöglichte. Ein vom Bundesrat offerierter und vom Unterzeichneten präsidierter Ausflug der Konferenz nach Glion erlaubte es, namentlich die menschlichen Kontakte ungezwungen zu vertiefen, was vom Konferenzpräsidenten, dem stellvertretenden UNO-Generalsekretär Brian Urquhart, als Vorleistung für die Zukunft dankend anerkannt wurde.

- L. Auch für (L) liegen die gegenwärtigen Schwierigkeiten vor allem darin, dass die neue amerikanische Administration ihre Politik noch nicht festgelegt hat. Davon abgesehen riskiere ein Scheitern der Namibia-Bemühungen die Afrikapolitik Frankreichs ganz allgemein zu kompromittieren. Die Situation werde noch durch den Umstand erschwert, dass sich keine der direkt implizierten Parteien auf eine Antwort festlegen lassen wolle.
- P. - L. Auf die Frage (P), ob es realistisch sei, weiterhin von der Annahme auszugehen, dass die SWAPO als einzig legitime Vertreterin Namibias zu gelten habe (UNO-Resolution), räumt (L) ein, dass diese Annahme in der Tat fraglich erscheine. Nach dem Scheitern der Genfer Konferenz gelte es nun, etwas Distanz zu gewinnen und die Dinge reifen zu lassen. Die Frage sei, wer auf Südafrika noch einen Einfluss auszuüben vermöchte, da die USA hiezu nicht mehr gewillt zu sein scheinen.
- b) Maghreb und Tschad
- P. (P) orientiert kurz über die Berner Gespräche mit dem tunesischen Aussenminister Belkodja. Tunesien sei über die libysche Expansion ausserordentlich beunruhigt. Sie



dürfte, wie er betonte, Europa, für dessen Sicherheit Nordafrika erfahrungsgemäss wesentliche strategische Bedeutung aufweise, nicht unberührt lassen. Aber auch in Algerien, dem dadurch die Führungsrolle im Maghreb streitig gemacht werde, scheinen unter der Oberfläche Bedenken aufzutauchen.

L. (L) qualifiziert einleitend die Beziehungen Frankreichs zu Tunesien und Marokko als gut, diejenigen mit Algerien nach wie vor als schwierig. Obwohl sich in diesem Land eine Liberalisierung und eine gewisse Abkehr vom "carcan marxiste" anbahne, wisse niemand genau, wo Algerien wirklich stehe und was es wolle. So würden beispielsweise die jüngst von Paris mit Algier abgeschlossenen Verträge nicht angewandt, und auch in andern bilateralen Bereichen gestalte sich das Zusammenleben nicht einfach. (L) bestätigt den Eindruck Belkodjas, wonach sich Algerien wegen Libyensebenfalls Sorgen macht. Die beiden Staaten würden sich im Grunde nie recht verstehen können. Libyen umgehe Algerien sowohl im Süden wie übers Meer im Norden, um die Polisario weiterhin zu unterstützen. Ebenso seien die Beziehungen Algeriens zu Marokko nach wie vor undurchsichtig, obwohl eine Bereitschaft zum direkten Gespräch zu bestehen scheine. Diese Entwicklung ist nach (L) nicht zuletzt den militärischen Erfolgen Marokkos über die Polisario zuzuschreiben. Bestünde eine Lösung vielleicht darin, den Bereich der Polisario mit Mauretanien zu vereinigen? Indessen seien noch zu viele Intrigen im Gange, um einen gangbaren Ausweg zu sehen.

Hauptproblem der Beziehungen Paris-Tripolis sei natürlich der Tschad. Doch gibt es für (L) keinen Zweifel, dass noch andere Mächte hinter den libyschen Aktionen stünden. So wie die Dinge zur Zeit lägen, komme eine Rückkehr Frankreichs in den Tschad nicht in Frage, möge

der Süden des Tschad, die Zentralafrikanische Republik, Gabon und Niger noch so sehr den Vorwurf erheben, von Paris im Stiche gelassen worden zu sein. Erschwerend komme hinzu, dass die Nachbarn des Tschad selbst nicht zu wissen scheinen, was sie wollen. Zwar verlangten sie einhellig den Rückzug der libyschen Truppen, seien aber nicht bereit, hierfür einen Bruch mit Libyen zu riskieren. Kadhafi hätte Frankreich seinerseits vorgeworfen, den Sudan zum Krieg gegen ihn aufzuhetzen.

Was tun angesichts all dieser Vorwürfe? An und für sich unterstütze Paris den Plan zur Bildung einer Eingriffstruppe der OUA. Doch obliege es der Organisation, darüber zu entscheiden, ob sie dieserhalb den UNO-Sicherheitsrat anrufen wolle. Zu glauben, dass Aegypten bereit oder in der Lage wäre, im Konflikt um den Tschad etwas Nachhaltiges zu tun, wäre im übrigen eine Illusion.

5. inkl.2. Zukunft der Gipfelkonferenzen und der Nord-Süd-Dialog  
(Zusammenzug der beiden Traktanden)

a) Gipfelkonferenz 1981 der Sieben in Ottawa

P. Wie (P) ausführt, bekundet die Schweiz zwar durchaus Verständnis für Sinn und Zweck der wirtschaftlichen Gipfelkonferenzen seitens der sieben führenden westlichen Industriestaaten. Dies allerdings unter der Voraussetzung dass die Konferenzen im Rahmen der OECD gemeinsam vorbereitet und deren übrige Mitglieder auf diesem gleichen Weg über die Ergebnisse orientiert würden. Damit sei auch kleineren Staaten die Möglichkeit geboten, ihre Auffassungen in den Meinungsbildungsprozess einzubringen und am weiteren Gang der Dinge teilzunehmen. Einer Institutionalisierung von Gipfelkonferenzen stehe die Schweiz aber ablehnend gegenüber.



L. (L) stimmt diesen Ueberlegungen zu und spricht sich gleicherweise gegen eine Institutionalisierung oder gar einer Proliferierung der Gipfeltreffen aus. Ebenso komme es nicht in Frage, mittels der "summits" ein Wirtschaftsdirektorium für die freie Welt zu schaffen. Den Hauptzweck von Gipfelkonferenzen westlicher Industrieländer erblickt er neben dem wirtschaftlichen Ausgangspunkt zunehmend im politischen Bereich. Das Forum sei zwar sicher vonnöten, um z.B. in regelmässigen Abständen systematisch mit den Japanern zu reden. Es diene aber beispielsweise auch dazu, die Verantwortung, die Frankreich für den karibischen Raum mit den USA und Grossbritannien teilt, oder etwa seine auf Djibouti und Réunion abgestützte Präsenz im Indischen Ozean abzuspüren. Wichtig sei im übrigen, in Eventualitäten wie einer Bedrohung Berlins, einer allfälligen Schliessung der Autobahn bei Helmstedt oder eines Einfalls der Sowjets in Polen auf westlicher Seite über ein geeignetes Koordinations- und Entscheidungsinstrument zu verfügen.

b) Nord-Süd-Dialog

P. Die Initiative des österreichischen Bundeskanzlers Kreisky und des mexikanischen Präsidenten Lopez-Portillo, im Sinne des Brandt-Berichts zu einem informellen Nord-Süd-Gipfeltreffen nach Mexico City einzuladen, ist heute wohl namentlich auch im Lichte der neu gesetzten Prioritäten Präsident Reagans zu beurteilen. Dieser verlegt offenbar die Akzente nun viel mehr auf den Ost-West-Konflikt sowie die Nord-Nord-Beziehungen als auf die Nord-Süd-Problematik. Doch ist ihm auch daran gelegen, die gutnachbarlichen Beziehungen zu Mexiko zu pflegen. Die USA würden sich deshalb wahrscheinlich doch am Treffen in Mexiko beteiligen, das jetzt aber eher auf den

Herbst, statt schon im Mai, zu erwarten sei. Kreisky selbst, der nicht mehr recht an einen Erfolg der UNO-Globalverhandlungen zu glauben scheint, dürfte geneigt sein, das Treffen in Mexico mehr und mehr als Surrogat der eigentlichen Globalverhandlungen zu betrachten. Diese behalten indessen nach schweizerischer Auffassung weiterhin, auch politisch, ihre Bedeutung und ihren potentiellen Nutzen. Zu vermeiden wäre aber, Rolle und eigentliche Funktion der UNO-Spezialorganisationen durch eine Verlagerung in die UNO-Generalversammlung auszuhöheln. Es ist vielmehr wichtig, dass beispielsweise die Weltbank, der IMF, UNCTAD oder GATT ihre angestammte Aufgabe, für die sie gerüstet sind, weiterführen. Würde dieser Einsicht nicht Rechnung getragen, wäre eine unheilvolle Verpolitisierung der verschiedenen essentiell wichtigen wirtschaftlichen Sachgebiete die Folge. Sollten also Globalverhandlungen stattfinden, so könnten sie zwar dazu dienen, allgemeine Richtlinien zu formulieren, ohne aber konkrete Massnahmen vorzuschreiben.

- L. Diese Auffassung ist, wie (L) betont, auch diejenige Frankreichs. Man ist sich in Paris der geschilderten Gefahren vollständig bewusst. Reagan stehe im Grunde genommen dem geplanten Treffen von Mexiko ablehnend gegenüber und möchte es jedenfalls, dies im Gegensatz zu Trudeau, auf den Herbst verschoben wissen. Auch gemäss französischer Auffassung hätte die Konferenz von Ottawa vor dem Mexiko-Gipfel stattzufinden, um in Ottawa eine gemeinsame Haltung der westlichen Industrieländer für den Nord-Süd-Dialog erarbeiten zu können.



II BILATERALE FRAGEN1. Genfer Freizonen

- D. (D) orientiert die schweizerische Delegation über das französische Begehren, den Landwirten in den Freizonen erhöhte Kontingente für die zollfreie Lieferung landwirtschaftlicher Produkte zuzugestehen. Im Interesse der guten Nachbarschaft verdienten diese Wünsche eine Berücksichtigung, auch gegen den Widerstand der schweizerischen Landwirtschaft. Direktor Lenz sei anlässlich des letzten Zusammentreffens der Gemischten Kommission vom 11.9.80 noch nicht in der Lage gewesen, dazu Stellung zu nehmen, weil offenbar ein Entscheid des Bundesrates in dieser Angelegenheit weiterhin ausstehe. Die zuständigen französischen Behörden stünden indessen ihrerseits unter starkem innenpolitischen Druck. Die Sache habe nun lange genug gedauert, und es werde erwartet, dass jetzt möglichst rasch ein Datum für die weiteren Verhandlungen fixiert werde. Für Frankreich gehe es darum, wenigstens gewisse, wenn auch nur bescheidene, Verbesserungen der Kontingente zu erreichen.
- P. (P) stellt demgegenüber fest, dass es sich bei den von der französischen Delegation vorgebrachten Wünschen durchaus nicht um bescheidene, sondern in Wirklichkeit um ganz erhebliche Aufstockungen handle (z.B. Rinder von 1500 auf 3000 Stück, Kälber von 3000 auf 4000 Stück, Schweine von 2000 auf 3000 Stück, Milch von 60'000 auf 70'000 Liter täglich). In der Schweiz herrsche aber eine Ueberproduktion an Milch und Fleisch; zudem bestünde Anlass zur Vermutung, dass die Ursprungsregeln auf der französischen Seite nicht immer strikte eingehalten würden. Ferner sei daran zu erinnern, dass die zuständigen schweizerischen Behörden nun ihrer-

seits für Getreide, das bis heute ohne quantitative Beschränkung frei importiert werden konnte, eine Kontingentierung für notwendig halten. Seit die schweizerischen Zollsätze für dieses Produkt erheblich angehoben wurden, scheine sich eine eigentliche Importsteuerung über die Freizonen entwickelt zu haben. Ab 1977 hätten sich die Einfuhren dieses Produkts in der Tat versechsfacht, eine Quantität, welche die gesamte Produktion der Freizonen eindeutig übersteige.

Der französischen Seite wird zugesichert, Direktor Lenz vom Wunsch nach baldiger Festsetzung eines Datums für eine weitere Sitzung der Gemischten Kommission Kenntnis zu geben. Dabei müssten freilich auch die schweizerischen Begehren (Getreide) in die Verhandlungen mit einbezogen werden.

2. Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Gewässererschmutzung im Genfersee und des Rheins

a) Genfersee

P. (P) übermittelt der französischen Delegation den Wunsch der schweizerischen Behörden, das Abkommen über die Entphosphatisierung (déphosphatation) vom 20.11.80 auf den 1.7.81 in Kraft zu setzen. Auf diesen Zeitpunkt sind die im Abkommen vorgesehenen Beitragszahlungen des Kantons Genf an die betroffenen Gemeinden fällig. Ferner seien schweizerischerseits die Formalitäten des ebenfalls am 20.11.80 abgeschlossenen Abkommens über die Fischerei im Genfersee zu dessen Inkraftsetzung erfüllt. Wir warten darauf, dass uns nun auch die französische Regierung die Erfüllung der Formalitäten notifiziert, damit dieser Vertrag ebenfalls in Kraft gesetzt werden kann.



b) Rhein

Wenn man sich zu den Bemühungen beider Länder zwecks Sanierung des Genfersees beglückwünschen könne, so lägen die Dinge betreffend den Rhein leider weniger erfreulich. Seine Verschmutzung verursache den Uferstaaten schwere Probleme. In concreto geht es in diesem Bereich jedoch vorerst um die im Hinblick auf das Abkommen zwischen der BRD, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden und der Schweiz vom 3.12.76 ("protection du Rhin contre la pollution par les chlorures") seitens der Schweiz vorausbezahlte Summe von SFr. 3'419'856. Sie sollte, da das Abkommen wider Erwarten von Frankreich nicht ratifiziert wurde, unserem Land zurückerstattet werden. Diese Rückerstattung ist aber immer noch unerledigt. Anlässlich des für demnächst anberaumten Expertentreffens in Paris werde die schweizerische Delegation darauf insistieren, dass Frankreich zumindest den vorgeschossenen SFr-Betrag (oder dessen Gegenwert von FF 7'920'000) zurückerstatte, wobei sie bereit sei, über die Frage der Verzinsung zu diskutieren.

L. (L) anerkennt hinsichtlich der Rhein-Sanierung ausdrücklich das Recht der Schweiz auf Rückerstattung und gibt seinen Mitarbeitern Auftrag, der Sache nachzugehen.

Was die Sanierung des Genfersees anbetrifft, so weiss er aus eigener Erfahrung als Anwohner dieses Sees in der Nähe der Genfer Grenze, dass hier noch Etliches zu tun bleibt. Freilich glaubt er nicht, dass der französischen Seite eine Verzögerung des Sanierungsplans vorgeworfen werden könne. Doch nimmt er den schweizerischen Wunsch nach raschmöglichster Ratifikation der beiden in Frage stehenden Abkommen zur Kenntnis und stellt hierüber eine schriftliche Antwort in Aussicht.

3. Anrechnung der sog. "Algerienperiode" an die  
französischen Sozialversicherungsbeiträge zugunsten  
von Schweizerbürgern ausserhalb Frankreichs
- P. (P) ist vom Departementschef beauftragt, dieses Problem das von Bundesrat Aubert gegenüber Aussenminister François-Poncet schon im September 1979 in Paris und dann wieder im September 1980 in Bern aufgeworfen worden war, erneut zur Sprache zu bringen. Es geht um die Anrechnung der von Schweizern in Algerien vor dessen Unabhängigkeit an die französische Sozialversicherung bezahlten Prämien auf die von Frankreich geschuldeten Sozialversicherungsleistungen. Zwar hat Frankreich das daraus fliessende Bezugsrecht nach etlichen Mühen für die in Frankreich lebenden Schweizer anerkannt. Darüber hinaus sollte sich diese Anerkennung indessen gemäss den französisch-schweizerischen Abkommen über die Sozialversicherung aus den Jahren 1949 und 1975 auch auf die ausserhalb Frankreichs wohnhaften Schweizerbürger erstrecken, was bisher noch nicht geschehen sei und worauf wir weiterhin beharren müssten. (P) überreicht zu diesem Zweck eine Kopie des Aide-mémoire, das vergangenen September von Bundesrat Aubert dem französischen Aussenminister übergeben worden war.
- T. (T) macht demgegenüber auf die in den genannten Abkommen enthaltene Klausel über die Gleichbehandlung von französischen und ausländischen Staatsangehörigen aufmerksam. Die französische Gesetzgebung stelle nun aber als Voraussetzung für die Anrechnung der in Frage stehenden Algerienjahre auch für französische Staatsbürger auf deren Wohnsitz ab, während im Ausland lebende Franzosen von dieser Vergünstigung ausgeschlossen seien. Ausländer könnten demzufolge nicht besser als die eigenen Staatsbürger behandelt werden. Somit liege nach französischer



- Interpretation keine Diskriminierung der nicht in Frankreich lebenden Schweizer vor.
- Z. Auf die Frage von (Z), ob dieser Sachverhalt von den im Ausland lebenden Franzosen akzeptiert werde, bleibt (T) die Antwort schuldig.
- L. (L) schliesst diesen Gesprächspunkt mit der Zusicherung einer von (P) gewünschten schriftlichen Antwort.
5. Probleme der Swissair in Frankreich  
(figuriert nicht auf der Traktandenliste)
- P. Als letzter Punkt wird von (P) namens der schweizerischen Regierung das Problem der Schliessung des Flughafens Orly für die ausländischen Fluggesellschaften zur Sprache gebracht. Die Swissair fühlt sich dadurch, auch mit Blick auf die der Air France und dem französischen Zoll\* eingeräumten Vergünstigungen, benachteiligt und diskriminiert. Unser Standpunkt ist von der Botschaft mit ihrer Note vom 26.2.81 samt ausführlichem Aide-mémoire dem Aussenministerium schon einlässlich und eindrücklich dargelegt worden. Da es sich dabei nicht lediglich um eine technische, sondern darüber hinaus um eine entschieden grundsätzliche Frage handle, bittet (P) den Generalsekretär des französischen Aussenministerium, den schweizerischen Anliegen und Argumenten seine Beachtung zu schenken und ihnen angemessen Rechnung zu tragen.
- Z. (Z) weist ergänzend darauf hin, dass sowohl die Swissair wie die Air France ein gemeinsames Interesse daran hätten, den Flughafen Orly infolge der künftigen Konkurrenzierung durch den TGV Paris-Lyon weiterhin zu benutzen. Ferner sei die Verbindung Paris-Genf als eine interne Linie zu qualifizieren.

\*in Genf

C. (C) macht demgegenüber geltend, dass die Versetzung der Swissair-Station von Orly nach Roissy gemäss dem Vertrag aus dem Jahre 1956 über den Flughafen Genf-Cointrin durchaus statthaft sei. Das Argument der Konkurrenzierung durch den TGV sei ernstzunehmen, vermöge aber am beschlossenen Gesamtplan nichts mehr zu ändern.

P. - Z. Auf das Ersuchen von (P) und (Z) wird auch zu diesem Punkt durch (L) eine schriftliche Antwort zugesichert.  
L. (Z) will indessen den Kampf zur Verfechtung der schweizerischen Luftfahrtsinteressen weiterführen. Gegen seine beabsichtigte Unterredung mit dem für die französische Luftfahrtbehörde zuständigen Minister hat (L) seitens des Aussenministeriums nichts einzuwenden.

S c h l u s s   d e r   S i t z u n g   :   16h30

---



EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT  
 FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN Bern, den 16. April 1981  
 p.B. 15.21.F PRO/stb

VERTRAULICH

Gespräche des Staatssekretärs in Paris

An die schweizerischen diplomatischen Vertretungen  
 die schweizerischen Vertretungen:

- beim Europarat, Strassburg
- bei der Europäischen Gemeinschaft, Brüssel
- bei der UNO, New York
- bei der UNESCO, Paris
- bei den internationalen Organisationen, Genf
- bei den internationalen wirtschaftlichen Organisationen, Genf

Herrn Bundesrat P. AUBERT  
 Herrn Botschafter E. DIEZ  
 Herrn Botschafter H. HEIMO  
~~Herrn Botschafter J. MONNIER~~  
 Frau Botschafter F. POMETTA  
 Herrn Botschafter E. BRUNNER  
 Herrn Botschafter A. HUGENTOBLER  
 Herrn Botschafter J.-P. RITTER  
 Herrn Botschafter H. KAUFMANN  
 Herrn Minister J. ZWAHLEN  
 Herrn Minister M. JACCARD  
 Herrn Minister P.-L. GIRARD  
 Herrn Minister M. KRAFFT  
 Herrn O. UHL  
 Herrn H. von ARX  
 Herrn Staatssekretär P. JOLLES (BAWI, EVD)  
 Herrn Botschafter K. JACOBI (BAWI, EVD)  
 Herrn Botschafter C. SOMMARUGA (BAWI, EVD)  
 Herrn Botschafter B. von TSCHARNER (BAWI, EVD)  
 Herrn Botschafter E. ROETHLISBERGER (BAWI, EVD)  
 Herrn Botschafter Ph. LEVY (BAWI, EVD)  
 Herrn M. LUSSER (BAWI, EVD)  
 Herrn J. LUGON (BAWI, EVD)  
 Herrn Oberst MARK (GGST, Op, EMD)

REI, RK, VL, RS, RD, TR, EA, WI, BRO, JL, SAL, STH, DU, CX, BN, HJ, FR,  
 DD, CC, KR, BY, SA

In der Beilage lasse ich Ihnen die von Herrn Botschaftssekretär Hoffmann verfasste und von mir ergänzte Aufzeichnung über die Gespräche, die ich am 13. März in Paris führte, zugehen. Ich wurde dabei von Herrn Botschafter de Ziegler, sowie von Herrn Minister Pianca begleitet.

Obwohl gewisse Probleme, die dabei erörtert wurden, inzwischen durch die Ereignisse teils schon wieder überholt worden sind, könnten Ihnen die in Paris darüber ausgetauschten Informationen und Gedanken vielleicht doch im Sinne einer Orientierung von Nutzen sein.

*Mit freundlichen Grüßen!*

*Raymond Probst*  
(Raymond Probst)